



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT
DER MINISTER

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Postfach 103439 · 70029 Stuttgart

Herrn Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen
Parkstraße 16
71034 Böblingen



Stuttgart 12. OKT. 2015
Durchwahl 0711 126-2684
Aktenzeichen 23-8973.00-3/3
(Bitte bei Antwort angeben!)

TV für UVA

Weiterentwicklung der Wertstoffwirtschaft

Sehr geehrter Herr Landrat,

Lieber Herr Bernhard,

für Ihre Unterstützung und Ihr Schreiben vom 23. Juli 2015 sowie für die Übermittlung des Beschlusses des Kreistages vom 20. Juli 2015 danke ich Ihnen. Ich freue mich, dass wir als Landesregierung parallel einen bundesweit beachteten Beschluss herbeiführen konnten, der sich voll und ganz hinter das Kompromissmodell der Länderressorts stellt.

Das sind wichtige Zeichen vor allem an den Bund, die deutlich machen, dass die Schaffung eines Wertstoffgesetzes mit den vom Bund angekündigten kommunal-unfreundlichen Randbedingungen auf den heftigen Widerstand der kommunalen Familie stoßen wird. Die kommunale Verantwortung auf ein „Müllbehältergestellungsrecht“ reduzieren zu wollen, wird der Bedeutung und der bewährten Arbeit der öffentlich-rechtlichen Entsorger und damit Ihnen, den Kommunen, nicht gerecht. Ich freue mich, dass wir uns in dieser Sache auch mit baden-württembergischen Städtetag, Landkreistag und VKU einig sind. Der entsprechende Briefwechsel ist Ihnen sicherlich bekannt.

Kernerplatz 9 · 70182 Stuttgart (VVS: Staatsgalerie)
Behindertengerechte Parkplätze vorhanden

Telefon 0711 126-0 · Telefax 0711 126-2881 · poststelle@um.bwl.de

www.um.baden-wuerttemberg.de · www.service-bw.de DIN EN ISO 50001:2011 zertifiziert

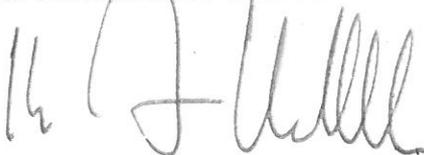


Eine umfassende Organisationsverantwortung für die Erfassung, Sortierung und Verwertung durch die bewährten öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger wäre die beste und zukunftsweisende Lösung. Es ist für mich unverständlich, dass der Bund das Kompromissangebot der Kommunen und Länder – sich mit der Erfassungsorganisation zu begnügen, auf die Wertstoffe aus dem Restmüll nach der Erfassung zu verzichten und damit auch eine klare Aufgabenteilung zu ermöglichen – als Ausgangspunkt eines Kompromisses sieht und offenbar eine weitgehende Privatisierung der Wertstofferrfassung will. Dies konterkariert alle Bemühungen, bei der längst überfälligen Einführung einer umfassenden Wertstofferrfassung voranzukommen.

Ich bin davon überzeugt, dass unsere Kompromissvorstellungen, anders als vom Bund behauptet, mit europäischem Recht vereinbar und sehr wohl umsetzbar sind. Wir haben deshalb ein Gutachten bei namhaften deutschen Hochschullehrern in Auftrag gegeben, das eine Prüfung der europarechtlichen Fragen vornimmt.

Wir werden weiterhin entschlossen daran arbeiten, unsere gemeinsamen Vorstellungen umzusetzen und ein vernünftiges Wertstoffgesetz zu schaffen. Die beteiligten Ministerien werden in ihrem Bereich auf die Ressorts der Bundesregierung und der Länder einwirken, um ein entsprechendes Wertstoffgesetz im Rahmen dieser Eckpunkte voranzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Franz Untersteller', written in a cursive style.

Franz Untersteller MdL